

Landwirte wollen kein „Schweigegehd“

„BAUERNMILLIARDE“ Was Erzeuger aus dem Landkreis Oldenburg fordern und die Politik ihnen anbietet

Ist es nötiges Struktur- geld, das den Umbau der Landwirtschaft abfedern hilft? Oder erkaufte Schweigen, um weitere Proteste zu stoppen? So denken Landwirte über die „Bauernmilliarde“.

VON THORSTEN KONKEL

LANDKREIS/GANDERKESEE – Sie rollen wieder, die mit Protest- transparenten bestückten Traktoren der Ganderkeseer Landwirte. Am Freitagmorgen zieht ein Schlepperkorso des Netzwerks „Land schafft Verbindung“ durch den Ort zum Brookdamm vors Wahlkreisbüro des Ganderkeseer Bundestagsabgeordneten Christian Dürr (FDP). Später geht es weiter nach Delmenhorst zum Büro der Abgeordneten Susanne Mittag (SPD).

Wogegen richtet sich der Zorn der Bauern ?

Der Grund: Die Bauern wollen klarstellen, dass sie sich nicht kaufen lassen, nachdem die Bundesregierung angekündigt hat, in den nächsten vier Jahren eine Milliarde Euro für den Umbau der Landwirtschaft bereit zu stellen.

Die „Bauernmilliarde“, so kommt es bei den Ganderkeseer Landwirten an, sei ein „Schweigegehd“ um ihre monatelangen Proteste gegen die aus ihrer Sicht verfehlte Agrarpolitik – unter anderem die Düngeverordnung – zu stoppen.

Was sagt das Netzwerk Land schafft Verbindung ?

Mit dieser Finanzspritze wolle sich die Große Koalition von den aus Landwirtssicht falsch laufenden agrarpolitischen Entscheidungen freikaufen. Das erklärt Renke von Seggern von der Bewegung „Land schafft Verbindung“ (LsV) so: „Hier sollen Fehler der Politik und der Verwaltung aus der Vergangenheit vertuscht werden, unter anderem, dass man bisher nicht in der Lage war, eine vernünftige Düngemittelverordnung auf den Weg zu bringen“, zitiert er aus der Resolution, die Bauern im Nordwesten in diesen Tagen ihren örtlichen Bundestagsabgeordneten per Trecker zustellen. Der Dingsteder von Seggern und sein Bergedorfer Kollege Heino Stöver übergeben ein Exemplar an Dürrs Büroleiterin Marion Vosteen.

Was sagt die FDP ?

Die Große Koalition habe nicht verstanden, worum es



Am Brookdamm überreicht der Bergedorfer Landwirt Heino Stöver (vorne links) der Leiterin des FDP-Wahlkreisbüros Marion Vosteen den Protest des Netzwerks „Land schafft Verbindung“ (LsV). Daneben Renke von Seggern (LsV Dingstede). BILD: KONKEL

den Bauern gehe, lässt Dürr von Vosteen seine Sympathie übermitteln. Falsche politische Entscheidungen im Nachhinein mit Geld zuzuschmeißen, so hat es Dürr verfasst, habe in der Bundesregierung Tradition. Die Bauern bräuchten diese Milliarde Euro nicht, stattdessen verlässliche Rahmenbedingungen und faire Behandlung, liest Vosteen vor.

Kopfnicken in den Kanzeln der Traktoren. Die Worte sind Balsam für die Bauerseelen.

Wie reagiert das Kreislandvolk Oldenburg ?

Die „aktuelle Hilflosigkeit der Politik“ wird vom Kreislandvolk Oldenburg beklagt: „Die Landwirtschaft ist immer in Veränderungsprozessen gewesen und auch weiter bereit, sich anzupassen“, beteuert der 1. Vorsitzende Jürgen Seeger später in Huntlosen. Was die Politik an Grundlagen diskutierte, werde das Höfesterben extrem beschleunigen. Er kündigt an: „Die Familien werden sich weiter gegen diese ruinöse Agrarpolitik wehren und auf die Straße gehen.“

Würde eine Milliarde Euro ausreichen ?

Der Streit zwischen Deutschland und der EU wegen zu hoher Nitratwerte im Grundwasser ist lang. Vor allem die kommende Düngerverordnung liegt dem Kreislandvolk schwer im Magen. Die sogenannten „Roten Gebiete“ bleiben für die betroffenen Landwirte ein rotes Tuch. „Die damit verpflichtende Unterversorgung der Pflanzen mit den nötigen Nährstoffen hat auf den Höfen einen Ertragsrückgang von mindestens zehn Prozent zur Folge und bewirkt einen Nachteil

von 150 bis 200 Euro pro Hektar“, rechnet Seeger vor. Auf die Fläche gerechnet würden den Landwirten durch die „Bauernmilliarde“ aber nur rund 15 Euro pro Hektar zukommen.

Wofür sind die Finanzhilfen gedacht ?

Dass die Finanzhilfen nicht als „Handgeld“ missverstanden werden sollten, sondern der Betrag vielmehr zur Lösung der Probleme der Land-

wirtschaft diene, betont die Bundestagsabgeordnete Susanne Mittag (SPD) auf NWZ-Nachfrage. Die Unterstellung, die Politik habe die Probleme nicht erkannt, sei falsch.

Und Astrid Grotelüschen (CDU) stellt klar: „Geld löst die Probleme nicht, dafür war die Milliarde auch nicht gedacht. Die CDU will klare Rahmenbedingungen, etwa ein einheitliches europäisches Messstellennetz und eine Bewertung nach Verursacherprinzip.“

Was steht statt Geld im Vordergrund ?

Im Grunde geht es überhaupt nicht ums Geld. Das macht der Kreislandvolkchef Jürgen Seger aus Großenkneten klar: „Das, was wir brauchen, ist möglichst schnell eine verlässliche Politik, die mit sachlich und fachlich begründeten Grundlagen die Planungssicherheit und Zukunftsfähigkeit unserer Landwirtschaft begleitet.“



Bauernprotest in Delmenhorst: Traktoren parken vor dem SPD-Wahlkreisbüro von Susanne Mittag. BILD: HEINO STÖVER